

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1908

18.3.1908 (No. 89)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 18. März.

№ 89.

1908.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gebaltene Zeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, den nachgenannten Personen die Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen der ihnen von Seiner Majestät dem Kaiser verliehenen Südwestafrica-Denkmünze aus Stahl zu erteilen:

Seiner Durchlaucht dem Fürsten Maximilian Egon zu Fürstenberg in Donaueschingen,
dem Amtsvorstand Oberamtmann Karl Hoerst in Achern,
dem Sanatoriumsbesitzer Dr. Rudolf Heiligenthal,
dem Oberamtmann Max Geh,
dem Apotheker Dr. Kurt Hoffmann,
dem prakt. Arzt Dr. Georg von Langsdorff,
dem Bankier Emil Meyer und
dem Hofapotheker Dr. Oskar Köhler in Baden,
der Frau Karoline Provence in Donaueschingen,
der Frau Marie Föhrenbach und
dem Geh. Kommerzienrat Artur Pfeilsticker in Freiburg,
dem Fabrikanten Hugo Soesch in Gernsbach,
dem Oberbürgermeister Dr. Karl Wilkens und
dem Generalleutnant z. D. Leopold von Winning in Heidelberg,
dem Kausleassistanten Jakob Dörr,
dem Oberfleutnant a. D. César Heusch,
dem Vorsitzenden des Landesvereins vom Roten Kreuz,
Generalmajor z. D. Karl Limberger,
dem Brauereidirektor Karl Moninger,
dem Oberbuchhalter Max Ott,
dem Fräulein Marie Seidenadel,
dem Kommerzienrat Robert Sinner,
dem Hofapotheker Dr. Friedrich Stroeb und
dem Kommerzienrat Friedrich Wolff in Karlsruhe,
dem Sanatoriumsbesitzer Dr. Theodor Büdingen,
der Frau Verta Nothenhäusler und
dem Oberbürgermeister Dr. Franz Weber in Konstanz,
der Frau Anna Stoesser in Labr,
der Frau Emma Diffené,
dem Kaufmann August Herrschel und
dem Geh. Kommerzienrat Karl Reiß in Mannheim,
dem Kaufmann Anton Seinen und
dem Geh. Hofrat Dr. Wilhelm Thumm in Pforzheim,
dem Amtsvorstand Oberamtmann Dr. Martin Hartmann in Tübingen.

Mit Entschliebung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 13. März d. J. wurde Betriebsassistent Albert Christophel in Appenweier zum Betriebssekretär und
Eisenbahnassistent Karl Steink in Emmendingen mit der Amtsbezeichnung „Betriebsassistent“ zum Expeditionsassistenten ernannt.

Mit Entschliebung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 20. Februar d. J. wurde Betriebsassistent August Albiez in Wühl nach Rot-Malsch versetzt.

Mit Entschliebung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 26. Februar d. J. wurde Betriebsassistent Ludwig Schwab in Neckarelz nach Karlsruhe versetzt.

Nicht-Amtlicher Teil.

Die französische Sprache in Elsaß-Lothringen.

Strasbourg, 16. März.

Im Landesausschuß ist dieser Tage gelegentlich der Beratung über den Etat des niederen Unterrichts die Sprachenfrage besprochen worden. Es ist das natürlich eine Angelegenheit, die im reichsländischen Parlament des öfteren besprochen wird: ein Teil des Landes ist ganz französisch, in einem anderen Teile liegen deutsch und französisch sprechende Gemeinden unmittelbar neben einander, in demselben Tale, nur etwa durch den Bach getrennt, der das Tal gebildet hat. Dazu kommt der Verkehr über die Grenze, die vielfachen persönlichen und verwandtschaftlichen Beziehungen, die alt eingewohnte Familien mit Frankreich verbinden. Insofern hat z. B. die Forderung, daß die französische Sprache in den Schulen des Reichslandes eine größere Berücksichtigung finden solle, als in anderen Teilen Deutschlands gewiß etwas

Berechtigtes, geradezu etwas Selbstverständliches. Wie weit aber dieser Forderung nachgegeben werden kann, ist doch wesentlich eine technisch-pädagogische Frage, die danach beurteilt werden muß: auf welche Weise wird den breiten Massen der elsäß-lothringischen Jugend neben dem unumgänglich notwendigen Verständnis der Staatsprache, also der deutschen, ein gesunder Fonds von Kenntnissen und Bildungselementen übermittelt, der sie befähigt und ermutigt weiter zu streben um in dem Kampfe ums Dasein voranzukommen. Der Schwerpunkt des Unterrichts lag also im Deutschen. Für die französischen oder dem gemischten Sprachgebiet angehörenden Gegenden waren natürlich Ausnahmen zugelassen. In diesem Sinne ist diese Frage stets von der deutschen Verwaltung behandelt worden, trotz mancher Opposition und trotz mancher Vorwürfe nicht ohne Erfolg, wie z. B. noch unlängst eine Statistik der des Lesens und Schreibens unfundigen Rekruten ergab.

In der Stadt Strassburg hat man in der letzten Zeit verstanden, dies System auszubauen in einem Sinne, der den populären Forderungen nach einer Erweiterung des französischen Sprachunterrichts mit Glück entgegenkam. In den Mittelschulen und Fortbildungsschulen legte man solche Unterrichtsstunden in verstärkter Stundenzahl ein und erzielte bei dem hier vorhandenen ausserlesenen Schülermaterial recht gute Ergebnisse. Das hätte ein Ansporn sein können, auf diesem Wege fortzufahren, und es wird auch kein Zweifel sein, daß er auch von anderen Städten bestritten werden wird.

Im Landesausschuß wurde aber ein Antrag eingebracht, der französischen Sprachunterricht für sämtliche Elementarschulen des Landes forderte, auch in den rein deutschen Gebieten der unteren Rheinebene, des soz. krummen Elsaß, das teilweise bis zur Revolution noch zum Deutschen Reich gehört hat und des deutschen Lothringens, kurzum in den bäuerlichen Gegenden, in denen die französische Sprache niemals auch nur das geringste Bürgerrecht gehabt hatte. Diese Forderung wurde von mehreren Rednern aus dem Hause sehr lebhaft vertreten, namentlich mit dem Schlagwort, daß auch diese Landstriche „Grenzland“ seien. Der Hinweis auf die Erfolge des Strassburger Systems, den u. a. einer der besten und verdienstlichsten Männer des Landes, der Altbürgermeister Dr. Bad von Strassburg erhob, konnte hiergegen nicht aufkommen. Das Haus sprach sich schließlich in dem Sinne dieser Forderungen aus, wenngleich es sich wohl kaum verheißt, daß ein praktischer Erfolg damit nicht erreicht sei.

Die Regierung hatte in der Debatte sehr unzweideutige Stellung genommen und ihre Erklärungen sind interessant genug, um hier ausführlich wiedergegeben zu werden. Sie erklärte: in einer solchen Debatte, vor diesem Hause und diesem Lande dürfe ein schon früher bei solchen Gelegenheiten betonter Grundsatz nicht unausgesprochen bleiben, nämlich, daß die deutsche Sprache ein möglichst stetiges und sicheres Verstum der Bevölkerung werde. Das müsse das Bestreben der Schulverwaltung sein. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir in einem deutschen Lande eine deutsche Schule haben und sie beibehalten wollen. Dieser ihr Grundcharakter dürfe nicht beeinträchtigt werden. Deswegen brauche man die französische Sprache nicht hinauszuversen, sie solle gelehrt werden, wo es geboten erscheine in den Grenz-, in den sprachlich gemischten Bezirken und zwar in ausgiebiger Weise. Die Schulverwaltung sei frei von jeder Voreingenommenheit gegen eine Sprache. Uebrigens könne die französische Sprache garnicht mehr unterrichtet werden. Wir haben tatsächlich nicht das Personal, um in den zwei Sprachen mit irgend welchem Erfolg eine Unterrichtstätigkeit in den Schulen aufnehmen zu können. Die Aufgabe der Volksschule ist so schwer und so umfangreich, daß es verberblich wäre, nicht etwa für den Lehrer, sondern für die eigenen Kinder des Landes, ihnen damit ihre Aufgaben ganz allgemein erhöhen und erschweren zu wollen. Das gehe gegen das Gewissen der Schulverwaltung und sie werde niemals zu einem andern Rat kommen können als dem, den sie immer gegeben habe: aus der Volksschule halte man die zwei Sprachen, die Grenzsprachen heraus — wohl aber pflege man sie da, wo sie mit Zug und Recht gepflegt werden können. Französisch werde gelehrt in den Mittelschulen, den Fortbildungs- und den höheren Schulen und wenn man mehr Erfolge hier verlange, so müsse die Schule mit dem Selbstbekenntnis antworten: sie sei überhaupt nicht imstande, eine Sprache zu lehren sondern nur elementare Kenntnisse dieser Sprache zu vermitteln, und den Schülern

(Mit einer Landtagsbeilage.)

ler, der künftig einmal aus ihr heraus ins Leben treten solle, fertig zu machen, daß er sich diese Sprache in eigener Tätigkeit zum Besitztum macht, sobald er sie praktisch anwenden muß. Soweit und nicht weiter könne die Tätigkeit der Schule gehen.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

Berlin, 16. März.

Bei Titel Salzsteuer trat Abg. Paasche (natl.) für eine Erleichterung der Kalisalz-Produktion ein.

Bei den Einnahmen aus der Maischbottichsteuer hob Abg. Erzberger (Ztr.) hervor, daß die jetzige Regelung der Bottichsteuer den Brennern ein ganz unverdientes Geschenk in den Schoß werfe.

Die Einnahmen aus der Branntwein- und Schaumweinsteuer wurden debattelos bewilligt.

Bei der Brausteuer und den Uebergangsabgaben von Bier fragte

Abg. Kämpf (Fr. Vpt.), ob es nicht an der Zeit sei, auch bei den obergärigen Bieren den Zucker zu besteuern.

Staatssekretär Endow erklärte sich bereit, die Frage erneut zu prüfen.

Bei den Reichsstempelabgaben und zwar bei den Einnahmen aus den Erlaubnisarten für Kraftfahrzeuge liegt eine Resolution betreffend Erhöhung der Steuerpflicht für Kraftfahrzeuge und betreffend einheitliche Bestimmungen über den Grenzverkehr vor.

Staatssekretär Endow erklärte auf Bemerkungen des Abg. Frisen (Ztr.), er hoffe, daß es noch vor Beginn der Reizezeit gelingen werde, Bestimmungen zu treffen, die den Grenzverkehr der Automobile erleichtern werden, wobei auch eine anderweitige Bemessung der Besteuerung der ausländischen Automobile in Frage kommen werde.

Es folgt der Etat des Reichsschatzamts, wozu eine Resolution betr. Einführung eines 25 Pfennigstückes vorliegt.

Abg. Ortel (natl.) meint, eine solche Münze würde den Verkehr wesentlich erleichtern.

Staatssekretär Endow erklärte, daß sich der Bundesrat gegenwärtig mit einer Novelle befaßt, in welcher auch die Frage der Einführung eines 25 Pfennigstückes ihre Erledigung finde. Bei der Besprechung dieser Vorlage werde sich Gelegenheit finden, auf die Wünsche hinsichtlich der Gestaltung der Reichsmünzen näher einzugehen.

Abg. Kirisch (Ztr.) meinte, das 25 Pfennigstück werde das Schicksal des 20 Pfennigstückes haben. Er würde wünschen, daß ein Zweimarkfünftelstück geprägt werde.

Abg. Pothhoff (Fr. Vp.) lehnte den Antrag Ortel ab. Er wolle die angeforderte Vorlage abwarten. Bezüglich der Besoldungsreform halte er nach wie vor eine Vorlage für dringend notwendig. Redner wünschte weiter, daß bei den Besoldungsvorlagen auch die Angehörigen ohne Beamtencharakter berücksichtigt werden.

Staatssekretär Endow führte aus, zwischen den Beamten und den im Vertragsverhältnis stehenden Personen bestehe ein wesentlicher Unterschied. Er müsse dem Bestreben, diese mit den Beamten in jeder Beziehung gleichzustellen, widersprechen. Die Aufbesserung dieser Angehörigen gehöre nicht in die Besoldungsaufbesserungsvorlage. Diese Frage hätte nicht das Reichsschatzamt, sondern die einzelnen Ressorts zu entscheiden.

Abg. Bruhn (Dsch. Vp.) befürwortete die Berücksichtigung der von den Militäranwärtern neuerdings geäußerten bescheidenen Wünsche.

Unterstaatssekretär Zwele meinte, die Anrechnung der Militärdienstzeit auf das Besoldungsdienstalter wäre eine Frage, deren Wichtigkeit die Regierung voll würdige. Das Reichsschatzamt habe die Arbeiten zur Regelung der Frage aufgenommen. Die Vorschläge lägen jetzt den anderen Ressorts vor.

Abg. Südekum (Soz.) brachte einen Fall aus dem Kreis Apenrade vor, wo bei der Jubiläum einer Unterstützung der politische Standpunkt in Betracht gezogen worden sei.

Staatssekretär Endow erklärte, für die formelle Erledigung des Falles seien Beschwerden bei der Aufsichtsinstanz der richtige Weg.

Abg. Südekum wurde darauf wegen des gegen den Vertreter des Landrats in Apenrade gebrauchten Ausdrucks „Dreckfele“ zur Ordnung gerufen.

Die Resolution wegen Ausprägung eines 25 Pfennigstückes wird dann angenommen.

Bei dem Titel „Beitrag zur Deckung der laufenden Ausgaben für die Universität Strassburg“ weist Abg. Everling (natl.) darauf hin, daß die evangelische Fakultät im Gegensatz zur katholischen nicht auf Staatskosten unterhalten werde, sondern vom Thomastift abhängig sei, das die Beiträge nicht zahlen könne. Das Gesetz von 1873, worauf die Verpflichtung des Stiftes beruhe, bedürfe unbedingt einer Abänderung.

Geheimerat Gallau: Die Regierung versuchte mehrfach auch im Landesausschuß eine Wiltberung des jetzigen Zustandes herbeizuführen. Sie müsse jedoch ihr endgültiges Urteil bis zur Entscheidung der Klage des Reichsstiftes gegen die Stiftung abwarten, um eine staatsrechtliche Grundlage zu gewinnen.

Der Titel wird bewilligt.

Für die Veteranen wird ein Beitrag von 21 900 00 M. veranlagt.

Abg. Graf Oriola (natl.) begründet eine Resolution im Interesse der Invaliden und ihrer Angehörigen. Eventuell sollte zur Erhaltung des Invalidenfonds eine Vorlage betreffend eine Wehrsteuer eingebracht werden.

Staatssekretär Endow führte aus, die Frage sei nicht mit warmem Herzen zu lösen, sondern mit kühlem Verstande.

Der Vorschlag einer Wehrsteuer ändere nichts daran, da eine solche ja nicht vorhanden sei. Er erinnere an die großen Anforderungen, die die Gegenwart und Zukunft erheischen. Darauf wurde die Weiterberatung auf heute Abend 8 Uhr vertagt. Schluß 6 1/2 Uhr.

Abendkündigung.

Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung um 8 1/4 Uhr. In der fortgesetzten Beratung des Etats des Reichsschatzamt beschränkt Abg. Baumann (Ztr.) eine Resolution, solche Kriegsteilnehmer als hilfsbedürftig anzusehen, deren steuerbares Einkommen nicht mehr als 900 Mk. betrage. Der Redner sagt, daß zahlreichen Kriegsveteranen die Erlangung einer Kriegsbeihilfe unmöglich gemacht werde, da der Begriff der Erwerbsunfähigkeit und Bedürftigkeit oft in der rigorosesten Weise ausgelegt werde. Die Finanzlage dürfe dabei kein Hindernis sein.

Abg. Dufmagel (son.) spricht sich für die Zentrumsresolution aus.

Abg. Singer (Soz.) erklärt, seine Partei sei nach wie vor gegen eine Wehrsteuer und wünsche, daß die Veteranenbeihilfe in einem noch höheren Betrage als 120 M. allen Kriegsteilnehmern zuteil werde.

Unterstaatssekretär Zwele erwidert, daß Ungleichheiten immer vorkommen würden. Die Reichsverwaltung habe das größte Interesse an einer einheitlichen Behandlung der Gesuche. Für die Hilfsbedürftigkeit ein Einkommen bis zu 900 M. festzusetzen, sei bedenklich, da dasselbe ja nach der Gegend verschiedenen Wert habe. Das Mehrbedürfnis würde 10-20 Millionen Mark betragen, für welche keine Deckung vorhanden sei. Darüber schweige sich der Zentrumsantrag aus, während er auch eine entsprechende Position von 20 Millionen hätte enthalten müssen. Er bitte den Antrag abzulehnen.

Abg. Wieland (Dsch. Vpt.) bittet den Schatzsekretär, die Anregung der beiden Anträge in Erwägung zu ziehen.

Abg. Arendt (Reichsp.) führt aus, bei der Veteranenbeihilfe dürfe nicht die Finanzfrage maßgebend sein. Der Antrag Orsola gehe noch nicht weit genug. Der Zentrumsantrag sei schon wegen seiner Form unannehmbar. Der Redner wünscht eine Ueberweisung des Antrages an die Budgetkommission.

Abg. Kulerski (Soz.) will für den Antrag stimmen. Vielleicht beantrage das Zentrum namentliche Abstimmung, dann werde man sehen, wer den Veteranen sofort beizuspringen bereit sei.

Abg. Schröder (fr. Vg.) spricht sich für Kommissionsüberweisung aus.

Abg. Gröber (Ztr.) meint, eine objektive Norm für eine gleichmäßige Behandlung der Gesuche aufzustellen, sei der Zweck des Antrages. Es handle sich nicht um eine Abänderung, sondern um eine wohlwollende Auslegung des Gesetzes von 1895. Wolle man den Veteranen rasch zu Hilfe kommen, so müsse man den Zentrumsantrag annehmen.

Vizepräsident Kämpf rügt die von der Journalistentribüne, während der Rede Gröbers erfolgten Zurufe. Bei einer Wiederholung werde er die Tribüne räumen lassen.

Staatssekretär Endow erklärt, den Kriegsteilnehmern gegenüber glaube er von denselben Gesinnungen bezeugt zu sein wie sein Vorgänger, der ebenso wie er den Zentrumsantrag ablehnen würde. In der Verknüpfung dieser Frage mit dem Etat liege ein Zwang.

Vizepräsident Kämpf teilt mit, daß der Abg. Erzberger (Ztr.) namentliche Abstimmung beantragt.

Abg. Paasche (nkl.) meint, das Zentrum habe, wie Kulerski aus der Schule geplaudert und habe den Antrag nur gestellt, um der Regierung eine Verlegenheit zu bereiten.

Abg. Hilpert (Vb.) und Derksen (Rp.) glauben, daß für die Veteranen noch lange nicht genug geschehen sei.

Abg. Erzberger (Ztr.) polemisiert gegen Paasche.

Staatssekretär Endow erklärt, er kenne die Stimmungen der Regierungen gegenüber den Anträgen, die gegen jede weitere Ausgabe seien, wenn keine Deckung vorhanden sei.

Abg. Graf Orsola (nkl.) meint, durch den Zentrumsantrag sollten nur Schwierigkeiten zwischen der Regierung und den Parteien geschaffen werden.

Nach weiterer Debatte wird die Resolution Orsola der Budgetkommission überwiesen.

Die Abstimmung über den Zentrumsantrag wird bis morgen ausgesetzt und der Rest des Etats bewilligt.

Um 12 1/4 Uhr stellte sich bei der Abstimmung über einen Verfassungsantrag die Beschlußfähigkeit des Hauses heraus. Nächste Sitzung morgen 1 Uhr: Kolonialetat.

(Telegraphischer Bericht.)

Berlin, 17. März.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min.

Zunächst wird über den Zentrumsantrag, betreffend Veteranenbeihilfe, namentlich abgestimmt. Dafür stimmen 128, dagegen 167 Abgeordnete, 3 Abgeordnete enthalten sich der Stimmabgabe. Der Antrag ist somit abgelehnt.

Der Titel „Veteranenbeihilfe“ wird bewilligt.

Das Haus beginnt sodann die Beratung des Kolonialetat.

Abg. Semler (natl.) referiert über die Kommissionsverhandlungen.

Staatssekretär Dernburg erklärt, wenn der Kolonialetat auch diesmal wieder in so außerordentlichem Umfang in der Kommission beraten worden sei, so sei das ein erfreuliches Zeichen, daß das Interesse der deutschen Nation für die Fragen des kolonialen Lebens sich dauernd in steigender Richtung bewege, und daß sich auch in den Kreisen der äußersten Linken, die sich früher vollständig ablehnend verhalten haben, das Interesse rege. Ziel seiner Politik sei: Eine deutsche Regierung, die das Vertrauen aller in den Kolonien vertretenen Stände, Berufsarten und Massen zu erwecken habe; die den großen Aufgaben vorwiegend wirtschaftlicher Natur gewachsen sei, die das Ansehen der Beamten verstärke und dafür Sorge, daß den Anforderungen unweigerlich Folge geleistet werde, und die den Mut habe, sie durchzusetzen. Daraus folge, daß es eine Regierung sein müsse, die Gerechtigkeit und Wohlwollen gegen Farbige und Weiße habe.

Deutschlands Oientpolitik.

(Telegramm.)

* St. Petersburg, 17. März. Die „Nowoje Wremja“ veröffentlicht ein Interview mit dem Fürsten Wilow, der kategorisch erklärte, Oesterreich-Ungarn habe die Kabinette von St. Petersburg und Berlin gleichzeitig von dem Sandjakbahnprojekt benachrichtigt, das Projekt sei also

nicht von Berlin angeregt worden. Deutschland hintertreibe durchaus nicht das mazedonische Reformwerk. Der deutsche Botschafter in Konstantinopel habe lediglich einige sachliche Einwendungen erhoben, denen die anderen Botschafter zustimmten. Deutschland halte an der Gemeinsamkeit der Aktion der Mächte fest und werde, wenn seine Vorschläge nicht die Billigung Europas finden, den interessierten Mächten den Vortritt lassen. Zur perijischen Frage erklärte der Reichszkanzler, Deutschland verfolge dort nur kommerzielle Ziele und benötige das von England und Rußland ausgesprochene Prinzip der offenen Tür. Fürst Wilow wies die phantastischen Gerüchte zurück, Deutschland beabsichtige durch die Bagdadbahn seine Hand auf Persien zu legen. Die Bahnlinie endige an der perijischen Grenze und Deutschland hindere nicht die Teilnahme fremden Kapitals. Deutschland denke weder an Kolonien in Kleinasien noch an die Erwerbung eines Hafens im Perijischen Meerbusen. Die Angriffe der russischen Presse seien in jeder Beziehung ungerechtfertigt. Der Ausbau der deutschen Flotte richte sich gegen niemand. Die Nachrichten von der Einmischung Deutschlands in die innerpolitischen Verhältnisse Rußlands seien lächerlich.

Vom Balkan

(Telegramme.)

* Belgrad, 16. März. Eine bulgarische Bande tötete einen angesehenen Serben namens Gregor Jzewitsch in seinem Gutshaus, drei Stunden von Jitip in Mserbien entfernt.

* Belgrad, 16. März. In der Stupschina erklärte der Ministerpräsident Paschitsch bei der Spezialdebatte über das Budget des Reiches, die Politik Serbiens verfolge das Programm: Der Balkan den Völkern. Die Beziehungen zu der Türkei seien gute und die Regierung hoffe, daß die Türkei das Donau-Adriaprojekt bewilligen werde. Auch die Beziehungen zu Bulgarien, Montenegro und Rumänien seien gute und freundschaftliche. Serbien schließe sich der Friedenspolitik Europas an und sei bereit, sie nach Kräften zu fördern.

* Saloniki, 17. März. Bei dem Ueberfall auf das Kloster Kallipetra durch eine bulgarische Bande wurde nur ein Prior getötet und ein Handwerker verwundet.

Die Vorgänge in Rußland.

(Telegramme.)

* Waku, 16. März. Gegen einen Postwagen, welcher der Transkaukasischen Bahn gehörige Gelder enthielt, wurde eine Bombe geworfen, die mit großer Gewalt explodierte. Einige Personen wurden getötet, mehrere erlitten Verletzungen. Das Geld blieb unversehrt.

* Breslau, 17. März. Der Landrat von Bendzin in Pommern ließ die Führer der polnischen Nationalpartei zu sich kommen und eröffnete ihnen, er werde sie für jeden auf Deutsche verübten Anschlag persönlich verantwortlich machen.

Marokko.

(Telegramme.)

* Paris, 17. März. Wie General d'Amade meldet, scheint die Bevölkerung lebhaft friedliche Zeiten und die Regierung Abdul Mis herbeizuwünschen. Während der Anwesenheit General d'Amades in Casablanca übernimmt Oberst Bouteourd den Befehl über die in der Ber Regschid bleibenden Truppen. — General Liauthey und der Gesandte Regnault sind von Tanger nach Casablanca abgereist, wo General d'Amade sie empfangen wird.

* Paris, 17. März. Wie General d'Amade vom 15. März aus Uled Jativa meldet, ist er auf die Meldung von erheblichen Ansammlungen bei Uled el Urin gegen die dortigen Höhen marschiert, von denen gegen 2000 Marokkaner, Reiter und Fußvolk, zum Angriff vorgingen. Die französischen Truppen warfen diese zurück und verfolgten sie über ihre Lagerplätze und Dörfer hinaus. Die Marokkaner erlitten bedeutende Verluste; viele sind durch das Bajonett gefallen. Zelte und Herden wurden von den Truppen erbeutet, die aber jegliche Plünderung unterließen und Greise, Frauen und Kinder schonten. Die französischen Verluste sind sehr gering.

* Paris, 17. März. Aus Casablanca wird berichtet, daß der Medetraktat für die von ihm gefangen gehaltenen Perat und Bianchi ein Lösegeld von etwa 3000 Peseta verlangt. Man glaubt, daß die Verhandlungen zur Freilassung der beiden bald zum Ziele führen werden.

Die Unruhen in Port au Prince

(Telegramme.)

* Paris, 17. März. Dem hiesigen „Newyork Herald“ wird aus Port au Prince vom 16. März telegraphiert: Die Zahl der hingerichteten Personen betrage 27, davon seien 13 auf dem Friedhofe in Salines erschossen worden. Der Präsident Alexis hat seinen politischen Freunden erklärt, er fürchte die Schiffsdemonstration nicht, er ziehe sogar vor, daß dieselbe ohne Verletzung statfinde, da sonst die gegenwärtige Lage sich endlos verwickeln würde. Die haitische Regierung sei entschlossen, sich mit Gewalt der Flüchtlinge zu bemächtigen, wenn man sie ihnen nicht gutwillig herausgebe. Trotzdem hat der Präsident Alexis, um weitere Verwicklungen zu vermeiden, die gegenwärtig in dem französischen Gesandtschaftsgebäude befindlichen Flüchtlinge ermächtigt, Haiti frei zu verlassen. In der Stadt seien die abenteuerlichsten Gerüchte verbreitet. Man sage, daß die haitischen Soldaten bei Ankunft der fremden Schiffe die Ausländer angreifen wollten. Die Stürmungen dauern fort.

* London, 17. März. Diefige Blätter melden aus Washington, daß das Kanonenboot „Eagle“ Befehl erhalten hat, nach Haiti zu steuern. „Eagle“ soll die amerikanischen Interessen dort wahrnehmen.

* Newyork, 17. März. „Newyork Herald“ meldet aus Port au Prince: Der Präsident Nord Alexis hat in einer Proklamation erklärt, die Verschwörer gingen mit dem Plane um, ihn und die Minister zu ermorden. Diejenigen von ihnen, welche mit Waffen in der Hand ergriffen wurden, hätten nur die gerechte Strafe für ihre anarchischen Umrtriebe erhalten.

* Newyork, 17. März. Nach einem Telegramm aus Port au Prince erließ der Präsident von Haiti eine Proklamation, in der er erklärte, für die öffentliche Ordnung und Sicherheit sowie für die Wahrung des Friedens Sorge tragen zu wollen.

Großherzogtum Baden.

* Karlsruhe, 17. März.

Seine königliche Hoheit der Großherzog empfing heute vormittag den Ministerialpräsidenten Geheimrat Freiherrn von Marschall zum Vortrag.

Nachmittags und abends folgten die Vorträge des Legationsrats Dr. Seb sowie der Geheimräte Dr. Freiherr von Babo und Dr. Nicolai.

* Personalnachrichten aus dem Oberpostdirektionsbezirk Karlsruhe. Angenommen: zu Postanwärtern: Theobald Breinlinger in Mannheim-Waldhof, Albert Matthejat in Mannheim; zu Telegraphenanwärtern: Ferdinand Stegmüller, Friedrich Witte in Karlsruhe, Jakob Göb, Gottlob Schorr in Mannheim.

Ernannt: zu Postassistenten: die Postgehilfen Rudolf Brühl, Adalbert Bildenbrand in Karlsruhe, Ernst Kirner, Paul Mangler in Mannheim, Ernst Reichenbecher, Emil Zubrod in Sodenheim.

Verstet: die Postassistenten: Wilhelm Gersfner von Heidelberg nach Mannheim, Max Grabinger von Ruppheim nach Durlach, Wilhelm Hermann von Baden-Baden nach Karlsruhe, Rudolf Herbel von Baden-Baden nach Mübun, Ludwig Zimmermann von Wiesfeld nach Bruchsal.

* Der Vereinbarung, betreffend den Umtausch der internationalen Antwortscheine, sind nachträglich beigetreten Spanien und Australien (mit Ausnahme von Brit. Neuguinea und der Fidji-Inseln).

* Im Verkehr mit den Malaischen Schutzstaaten (Negri-Sembilan, Pahang, Perak und Selangor (Halbinsel Malacca)) sind von jetzt ab Briefe mit Wertangabe bis zum Höchstbetrage von 1200 M. zulässig.

* Technische Hochschule (Friederician.) Herr Dr. Paul Astenaj, bisher Direktor des Konfunktiums für elektrochemische Industrie in Nürnberg, ist die venia legendi für das Fach der technischen Elektrochemie an der Technischen Hochschule zu Karlsruhe erteilt worden. Herr Dr. Astenaj wird über Bau und Betrieb von Akkumulatoren und über Prozesse der elektrochemischen Großindustrie lesen.

* Die Musikbildungsanstalt veranstaltet nächsten Donnerstag 19. März, abends 8 Uhr im Anstaltsaal, Ritterstraße 7, den zweiten diesjährigen Musikabend. Er ist diesmal Werken von Felix Mendelssohn Bartholdy gewidmet. Von weniger bekannten Kompositionen des vielseitigen Romantikers enthält das Programm u. a. die Camacho-Ouverture und die reizende Violinsonate op. 4, die Mendelssohn mit 14 Jahren geschrieben hat.

* Instrumentalverein. Am Sonntag vormittag fand im Eintrachtsaal eine musikalische Aufführung statt, deren Programm aus drei Sätzen Mozartscher Kammermusik, Gefangs- und Klavierdarbietungen bestand. Ein Adante aus einem Quintett für Violine, zwei Bratschen, Cello und Englischhorn und das Varieteto-Menueett aus dem Quintett für Klarinette und Streichinstrumente umrahmten die übrigen Darbietungen. Für das erkrankte Fr. Elisabeth Mittel, sang Herr Otto Wehbecher zunächst drei Lieder von Schubert mit sehr sympathischer Stimme und ansprechendem Vortrag. Die Schulung seines Bariton hat, besonders nach der Seite der Aemführung und der Dynamik, die in einem hübschen Piano ihre Stärke hat, entschieden Fortschritte gemacht. Auch die beiden Balladensänger Lieder fanden lebhaften Anklang; die Begleitung der Gesänge wurde von Frau Sachs Mittel diskret und verständnisvoll ausgeführt. Fr. Lina Sprenger, eine angehende Pianistin, spielte eine Etude in Cis-moll zu Chopin, Pastorale von Scarlatti, Impromptu von Mendelssohn und bekundete sowohl technische Sicherheit als gute Auffassung und klugvollen Anschlag. Lobende Anerkennung verdienen auch die Ausführungen der Kammermusikfabe, die Herren Steidel, Peter, Fink, Knierer, Eisenlohr, Tauer und Kalkhof. Die Veranstaltung war gut besucht.

* (Stadtgartenabonnement.) Für den Besuch des Stadtgartens werden mit Gültigkeit vom 1. April 1908 bis 1. April 1909 neue Jahre skarten (Abonnement) ausgegeben. Die Preise der Karten betragen wie bisher für eine Dauerkarte 5 M., für eine Weiskarte für ein Familienmitglied 2 M., für eine Weiskarte für Kinderwärterinnen 1 M., für eine Karte für Studierende der Technischen Hochschule und für Schüler anderer höherer Lehr- und Bildungsanstalten 2 M. Kinder unter 10 Jahren von Abonementen haben in Begleitung Erwachsener freien Zutritt. Jahreskarten werden vom 18. März an bei dem Einnehmer des Stadtgartens gegen Erlegung der festgesetzten Gebühren ausgefertigt und abgegeben.

* (Aus dem Polizeibericht.) Ein Studierender wurde wegen Körperverletzung angezeigt, weil er in der Nacht zum 13. d. M. einen Wirt in der Kaiserstraße, der ihn aus seinem Hausgange wies, zu Boden warf und einem Mann der Wache und Schließgesellschaft, der dem Wirt zu Hilfe kam, mehrere Faustschläge ins Gesicht versetzte. — Am 12. d. M. entwendete eine 12 Jahre alte Schülerin, angeblich der Schachtel wegen, in einem Haarenladen eine Schachtel voll Zigaretten im Werte von 2 M. 50 Pf., wurde aber auf der Tat ergriffen und ihr die Schachtel wieder abgenommen. Die hingerufene Polizei hatte viele Mühe, die Persönlichkeit des Mädchens festzustellen, da es wiederholt falsche Namen und Wohnungen angab. — In der Nacht zum 13. d. M. wurde ein Baugewerkschüler Edu Kaiser- und Herenttr. von zwei in der Nähe wohnenden Weibsbildern schwer mißhandelt. Als schließlich die Täter nach Hause sprangen und die Haustüre hinter sich zuschlossen, ging ihnen der Verletzte nach und schlug die Türschloß ein. — Nach Mitteilung des Polizeipräsidenten Rosen vom 12. d. M. wurden dort in den letzten zwei Monaten falsche 50-, 20- und 5 Markscheine in Umlauf gesetzt und namentlich kleinere Gewerbetreibende benachteiligt. Die Scheine sind größtenteils plumpe, in der Schrift oft fehlerhafte Federzeichnungen.

Z. B. M. a. H. (Schneebeobachtungen.) Infolge des etwas milden und regnerischen Wetters, das zu Beginn der verfloffenen Woche geherrscht hat, ist der auf den Bergen liegende Schnee etwas geschmolzen. Mit dem Eintritt der kühleren Witterung gingen die Niederschläge in Schnee über; dieser ist in der Höhe bald wieder verschwunden, auf den Bergen hat er aber vielfach eine größere Höhe erreicht, als während des ganzen bisherigen Winters. Am Morgen des 14. März (Samstag) sind folgende Höhen erreicht: in Dürheim 18, in Sietzen a. f. M. 16, in Heiligenberg 18, in Zollhaus 27, beim Feldbergrhof 270, in Titzsee 124, in Bomdorf 46, in Höchenschwand 95, in Bernau 126, in Gersbach 63, in Todtnauberg 189, in Heubronn 78, in St. Märgen 133, in Ariebis 132, in Breitenbrunn 105, in Gerrenwies 88, in Kastenbrunn 98, in Tiefenbrunn 5 und in Strümpfelbrunn 15 Zentimeter.

(Geschworenliste für das Schwurgericht per 2. Quartal 1908.) 1. Stadtrat Friedrich Ganser in Karlsruhe. 2. Metzger Eduard Reich in Ettlingen. 3. Landwirt und Fabrikant Joseph Niedermayer in Rauthard. 4. Seifenfabrik Emil Koch in Langenbrücken. 5. Fabrikant Albert Reichshofer in Forzheim. 6. Kaufmann Georg Adam Schmidt in Singen. 7. Brauereibesitzer Albert Brings in Karlsruhe. 8. Fabrikant Dr. Hermann Kammerer in Forzheim. 9. Regisseur a. D. Dr. Eugen Kiltan in Karlsruhe. 10. Fabrikant Karl Dillenius in Forzheim. 11. Privatier Emil Zipp in Raitatt. 12. Mühlenbesitzer Wilhelm Geisler in Niederbühl. 13. Wirt Johannes Kunz in Ralsch. 14. Kaufmann Karl Stief in Riefen. 15. Fabrikant Schmidt-Staub in Forzheim. 16. Fabrikant Friedrich Koblach in Forzheim. 17. Kaufmann Stephan Wingerth in Mothenfels. 18. Kaufmann Christian Sutter in Baden. 19. Kaufmann Joseph Schaub in Forbach. 20. Ingenieur Emil Fischer in Bruchsal. 21. Privatier und Gemeinderat Karl Heinrich Metzger in Forbach. 22. Tapeziermeister Emil Beck in Karlsruhe. 23. Landwirt Leopold Gader in Ralsch. 24. Oberstaatssekretär Julius Leber in Karlsruhe. 25. Mühlenbesitzer Anton Voes, jung, in Oberwiesheim. 26. Fabrikant Ludwig Hettmannsperger in Bruchsal. 27. Buchdruckereibesitzer Ernst Obfelder in Karlsruhe. 28. Landwirt Franz Steuerle in Bruchsal. 29. Bauunternehmer Albert Ringer in Forzheim. 30. Wertmeister Ambros Klett in Forz.

Ans der Sitzung der Strafkammer III vom 13. März. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Dürr. Vertreter der Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Baumgartner. Der 18 Jahre alte Eisendreher Martin Friedrich Schatz aus Espingen wurde wegen gefährlicher Körperverletzung unter Androhung von zwei Monaten und drei Tagen Untersuchungshaft zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. — Mitte September v. J. wurden in mehreren Wirtschaften zu Jöhlingen Einbrüche diebstahl verübt. Diese Diebstähle hatten, wie die gerichtlichen Nachforschungen ergaben, der Maurer Hermann Klauß aus Böschbach und der Maurer Lorenz Schupp aus Jöhlingen begangen. Das Gericht erkannte gegen Klauß auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust, abzüglich 2 Monate Untersuchungshaft, und gegen Schupp unter Androhung von 1 Monat Untersuchungshaft auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust.

Freiburg, 16. März. Der heimatsgeschichtliche Kreisgauverein Schauinsland hielt vorgestern seinen letzten Vereinsabend in diesem Winter ab, der sehr zahlreich besucht war. Herr Prof. Dr. Wingenroth aus Karlsruhe hielt dabei einen Lichtbildervortrag über die prätozoische Fauna am Oberrhein und den Beginn der Renaissance. Der Redner schilderte hauptsächlich die eigentümlichen Züge jener spätgothischen Plastik, die sich allmählich das neue Stilgefühl durchdrang bis vollendete Werke der Renaissance entstanden. Als Beispiele dienten neben den bekannten Altarbildwerken im Münster in Altbreisach und in Freiburg solche aus der Kirche in Reissweil, Niederrotweil, Ober- und Unterfimsinswald und viele andere. Der kunstgeschichtlich interessante und sehr anschauliche Vortrag fand allgemeinen Beifall und brachten bei der sich daran knüpfenden Diskussion die Herren Prof. Dr. Leonhard, Prof. Dr. Dieffenbacher und Prof. Dr. Baumgartner interessante Einzelheiten zu dem Vortragsggegenstand bei. — Der Verein tritt nunmehr in die Sommerferien mit den üblichen Vereinsausflügen ein, und mag nur noch erwähnt sein, daß in der letzten Hauptversammlung Herr Stadtrat Dr. Krebs als erster Vorsitzender und Herr Professor Dr. Leonhard als zweiter Vorsitzender gewählt wurden. — Noch möchten wir nicht unerwähnt lassen, daß nach einer Mitteilung des Vorstandes, dem Ehrenmitglied des Vereins, Herrn Geh. Rat Wagner, Vorstand des Museums für Natur- und Vögelkunde in Karlsruhe, gelegentlich seines vor kurzem stattgefundenen Doktorjubiläum seitens der Vereinsleitung gratuliert worden sei, worauf ein sehr herzlich gehaltenes Dankschreiben einlief.

Kleine Nachrichten aus Baden. Eine elektrische Straßenbahn von Schwetzingen nach Ketsch ist nunmehr beschlossen worden. Einmütig wurde von dem Bürgerausschuß die Zustimmung zu dem von der Stadtgemeinde Schwetzingen beschlossenen Bau erteilt, und auf die Dauer von fünf Jahren ein Zuschuß von 4000 M. pro Jahr bewilligt, d. h. dieser Zuschuß ist nur dann zu zahlen, wenn das Betriebsjahr mit einem Defizit abschließt. — Die Bürgermeister des Amtsbezirks Adelsheim haben eine Vereinigung gegründet und zum Vorsitzenden Herrn Gerner Adelsheim gewählt. — Der „Lokalverein Herdern“ beschloß dem am 8. März auf dem Schloßberg in Freiburg überfallenen Musikfest für seine Unerblichkeit, welche die Verhaftung des Mörders der Frau Möhle ermöglichte, unter Ueberreichung eines Geldbetrags von 20 M. den Dank der Bürger Herderns zu übermitteln. — In Reßelnangen (A. Heberlingen) brannte das Anwesen des Gemeindevorstandes Kreber nieder. Der Schaden beträgt etwa 10 000 M.

Neueste Nachrichten und Telegramme

Berlin, 17. März. Gestern nachmittag um 2 1/2 Uhr traf Seine Majestät der Kaiser im Automobil am Untergrundbahnhof, Leipziger Platz, ein, wo er von Minister Breitenbach, den Herren des Hauptquartiers und der Direktion empfangen wurde. Der Kaiser besah mit den genannten Herren die neue Straße bis zum Reichskanzlerplatz und begab sich dann im Automobil zur Infanterieschießschule, wo er einem Versuchschießen mit Maschinengewehren beiwohnte.

Neu-Strelitz, 16. März. Die „Landeszeitung“ in Neu-Strelitz erhält über die Krankheit Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz von zuständiger Seite folgende Angaben: Jetzt wurde ärztlicherseits festgestellt, daß das Leiden als eine längerer Zeit in Entwicklung begriffene Gemütskrankheit aufzufassen ist, wofür ein gewisses Lebensalter prädisponierend ist. Der Einfluß des Leidens wurde wesentlich dadurch gefördert, daß die Großherzogin den Anforderungen, die in den letzten Jahren an sie als regie-

rende Fürstin herangetreten sind, in übertriebenem Pflichtgefühl gerecht zu werden suchte. Die ärztliche Behandlung der hohen Patientin liegt in den Händen des Geh. Rats Binzinger von Jena, wo die Großherzogin seit acht Tagen eine Villa bewohnt. Die Behandlung wird längere Zeit in Anspruch nehmen. Nach der Natur des Leidens kann eine vollständige Genesung erwartet werden.

Wien, 17. März. Seine Majestät der Kaiser empfing gestern den Fürsten von Bulgarien in halb-stündiger Audienz in Schönbrunn. Der Fürst stattete dem Kaiser seinen Dank für die Gratulation aus Anlaß seiner Vermählung ab.

Wien, 16. März. Der niederösterreichische Landesauschuß veranstaltete eine Konferenz in Sachen des Donau- oder Reichseisakanals, an welcher Vertreter der an der Kanaltrasse gelegenen Länder und Vertreter der Regierung teilnahmen. Sämtliche Redner sprachen sich auf das entschiedenste für den Kanalbau aus und forderten dessen schleunigste Inangriffnahme.

Christiania, 16. März. Die unabhängige (liberale) linke Gruppe im Storting, die zusammen mit der rechten das Ministerium Loevlund stützte, sandte an den Präsidenten des Storting, Gunnar Knudsen, den Führer der sogenannten konsolidierten (radikalen) linken Parteien, den der König mit der Bildung des neuen Ministeriums beauftragte, eine Erklärung, die der konsolidierten Linken und den Sozialisten die volle Verantwortung für die eingetretene Krisis zuschrieb und in der ausgesprochen wird, daß die unabhängige linke Gruppe nicht wünscht, irgendwelche Mitwirkung bei der Bildung des neuen Ministeriums zu leisten, esjenowenig, wie die Gruppe im voraus der unter diesen Umständen gebildeten Regierung ihre parlamentarische Unterstützung zugesagt hätte.

Paris, 17. März. Die Deputiertenkammer nahm gestern Artikel 9, 10 und 11 des Einkommensteuergesetzentwurfes an und vertagte die Weiterberatung der Steuervorlage auf heute.

Minister Bisson hat den Deputierten C. G. in gebeten, seine Frage über Mazedonien aus Rücksicht auf die schwebenden diplomatischen Verhandlungen um einige Tage zu verschieben. Justizminister Briand brachte die Amnestievorlage für Preß-, Versammlungs- und Streikdelikte, sowie für Vergehen gegen die Gewährung eines wöchentlichen Arbeitsruhe-tages ein. Wie bei Gelegenheit der Ereignisse im Süden des Landes Berurteilten sollen, mit Ausnahme der Weinfälscher, ebenfalls an der Amnestie teilnehmen, mit Ausnahme solcher Personen, die wegen Verleumdungen und Beleidigungen der Amnee verurteilt worden sind. Die Vorlage wird der zuständigen Kommission übergeben.

London, 16. März. Unterhaus. Im Laufe der Sitzung fragte Sir Gilbert Parker, ob zum Schutze der Interessen der britischen Untertanen auf Haiti Kriegsschiffe dorthin geschickt werden würden. Schatzkanzler Asquith erwiderte, daß die Kreuzer „Cressy“ und „Indefatigable“ heute morgen den Befehl zur sofortigen Abfahrt dorthin erhalten hätten.

London, 17. März. Campbell-Bannerman hatte gestern eine ruhige Nacht, leidet aber noch an großer Schwäche.

London, 17. März. Das nationalitische Exekutivkomitee der sozialistischen Arbeiterpartei hat ein Manifest erlassen, in dem erklärt wird, daß die zurzeit bestehenden Trade Unions einen wesentlichen Bestandteil des kapitalistischen Produktionsystems bilden und daß es unmöglich sei, auf solcher Grundlage eine sozialistische Republik zu errichten. Ferner befürwortet das Manifest den wirtschaftlichen Zusammenschluß der Arbeiter auf industrieller Basis als den einleitenden Schritt zu dem letzten Ziele: nämlich dazu, die Produktionsmittel in die Hand zu bekommen, zu dem Zwecke, sie im Interesse des ganzen Gemeinwehens zu verwenden.

Madrid, 17. März. In der gestrigen Sitzung des Senats erklärte Ministerpräsident Maura auf eine sehr scharfe Kritik über die Lage und Ereignisse in Barcelona, die Regierung würde nichts versäumen, um dem Uebel Einhalt zu tun. Er nahm dann die Behörden Barcelonas in Schutz und wies den Vorwurf zurück, daß die Reise des Königs nach Barcelona eine Unvorsichtigkeit gewesen sei. Der Senat ging dann zur Tagesordnung über.

Madrid, 16. März. Die Regierung hat in der Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, welcher bestimmt, daß ausländische Aktiengesellschaften, welche Eisenbahnen in Spanien betreiben und welche sich in spanische Gesellschaften umzuwandeln wünschen, von den Abgaben und Stempelgebühren befreit werden.

Kiffabon, 17. März. Hier wurde eine Verschwörung zugunsten der Militärdiktatur entdeckt. Nächste Woche sollten sich mehrere Regimenter für den Präsidenten Don Miquel de Praganza erheben. Dieser stellt jede Mitwirkung in Abrede. Eine Anzahl Verschwörer wurde verhaftet.

St. Petersburg, 17. März. Der deutsche Botschafter und Gemahlin wurden gestern in Jaroslawel von Ihrer Majestät der Kaiserin Alexandra empfangen. Später wurden der Botschafter und Gemahlin, General Joloti und der Marineattaché Hünje von der Prinzessin Heinrich von Preußen empfangen.

Antares, 16. März. Der Senat genehmigte mit 53 gegen 6 Stimmen das Gesetz betreffend die Erwerbslosenreform zur Sicherung der Ruhe und des Fortschrittes in den Landgemeinden.

Denver, 16. März. 1500 Kesselschmiede und andere Locomotivarbeiter traten hier in den Ausstand. Die Führer kündigten an, daß sich der Ausstand auf alle Bahnen des Gouldschen Systems ausdehnen werde.

Songkong, 16. März. Der Dampfer „Tatju-Maru“ ist freigelassen worden.

Verschiedenes.

Berlin, 16. März. Vor der Strafkammer in Moabit fand heute die Verhandlung gegen den Redakteur Schmidt von der „Berliner Morgenpost“ wegen Beleidigung des Hrl. Olga Molitor statt. Die Beleidigung wird in zwei Artikeln erwidert, welche auf Grund von Interviews des Staatsanwalts und des Verteidigers, die im Prozeß hau tätig gewesen sind, geschrieben wurden. In diesen Artikeln hat Hrl. Molitor den Vorwurf gefunden, daß sie nicht ganz unbedeutend sei, den Mord selbst begangen und mit Hru. intm verkehrt zu haben, ferner, daß sie mit ihrer Mutter schlecht gestanden und im Streite mit ihr sich Tätlichkeiten habe zu Schulden kommen lassen. Der Staatsanwalt beantragte 9 Monate Gefängnis, der Vertreter Hrl. Molitors, Dr. v. Rannwitz, 1 1/2 Jahre Gefängnis, wogegen der Verteidiger Dr. Friedmann Freisprechung beantragte, weil der Angeklagte nachgewiesen habe, daß er keine Kenntnis von den Artikeln gehabt, weil er zu jener Zeit krank gewesen sei. Dem Antrage des Staatsanwalts gemäß wurde der Angeklagte zu 9 Monaten Gefängnis wegen Beleidigung von Hrl. Olga Molitor verurteilt.

Berlin, 17. März. Dem „Vorwärts“ zufolge ordnete das Kammergericht auf Beschwerde des Oberstaatsanwalts das Hauptverfahren gegen Karl Liebknecht zum Ehrengerichtungsverfahren ein.

Dannover, 17. März. Gestern abend fuhr ein Automobil von hinten in einen Militärposten von 4 Mann, alle 4 Soldaten gerieten unter das Automobil, einer wurde schwer, die anderen 3 leicht verletzt.

Brandenburg, 17. März. In einem Hause der Märkstraße in Neubrandenburg sind die schwarzen Roden ausgebrochen. Die Krankheit wurde durch russisch-polnische Schmitter eingeschleppt.

Wismar, 17. März. Der hier eingetroffene Dampfer „Pauline Haubich“ rettete, 30 Seemeilen von Remel entfernt, vier halbverhungerte russische Fischer, die auf einer Eisscholle in die Ostsee getrieben worden waren.

Göln, 17. März. Hofrat Dr. Fastenrath, der Begründer der Kölner Blumenpiele, ist gestern abend gestorben.

Stuttgart, 17. März. Für Wohltätigkeitszwecke hat die verstorbene Witwe des Geh. Kommerzienrats Knosp hohe Stiftungen hinterlassen. Für ein Refonvalezzentenital sind 2 Millionen Mark ausgeworfen.

Paris, 17. März. Die Akademie der Wissenschaften meldet, daß es dem nordamerikanischen Astronomen Co-wes durch Spektraluntersuchungen gelungen sei, festzustellen, daß Wasserdämpfe oberhalb des Planeten Mars vorhanden seien.

London, 16. März. Die „Times“ wird morgen die gerichtliche Bestätigung für das Abkommen bekannt geben, auf Grund dessen unverzüglich eine Gesellschaft zur Uebernahme der „Times“ gebildet werden soll. Walter soll Vorsitzender des Verwaltungsrates werden, Robert Bell leitender Direktor. Das Blatt wird von demselben Redaktionspersonal und nach denselben Grundätzen geleitet werden wie bisher.

Industrie, Handel und Bankwesen.

In der gestrigen Generalversammlung der Rheinischen Hypothekbank Mannheim wurde dem Vorschlage der Direktion und des Aufsichtsrates entsprechend, die Dividende für das Geschäftsjahr 1907 auf 9 Proz. festgesetzt. Demgemäß gelangt der Dividendschein Nr. 15 der Aktien à 600 M. mit 54 M., der Aktien à 1200 M. mit 108 M. von heute an zur Einlösung. Die turnusgemäß auscheidenden Aufsichtsratsmitglieder Herren Oberamtmann a. D. Karl Eckhard, Geh. Hofrat F. A. Mahla, Präsident Dr. Ed. Nicolai, Erzengel und Graf Franz von Oberndorff wurden wiedergewählt.

Die gestrige Generalversammlung der Pfälzischen Hypothekbank in Ludwigshafen a. Rh. hat die Vorschläge des Aufsichtsrates einstimmig genehmigt. Es kommt somit für das Jahr 1907 eine Dividende von 9 Proz. mit 90 M. pro Aktie sofort zur Auszahlung. Die auscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrates, nämlich die Herren: Reichrat Dr. Eugen v. Buhl, Deidesheim, Franz Graf v. Oberndorff, Redarhausen wurden wiedergewählt.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.
Donnerstag, 19. März. Abt. C. 48. Ab.-Vorst. „Marta, oder der Markt von Richmond“, Oper in vier Akten von Flotow. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.
Freitag, 20. März. Abt. B. 45. Ab.-Vorst. Zum erstenmal: „Neue Wege“, Schauspiel in drei Akten von Felix Baum-bach. Anfang 7 Uhr.
Samstag, 21. März. Abt. A. 47. Ab.-Vorst. „Lobetanz“, Bühnenspiel in drei Akten von Ludwig Thuille. Anfang 7 Uhr, Ende 9 Uhr.
Sonntag, 22. März. Abt. B. 47. Ab.-Vorst. „Lakmé“, Oper in drei Akten von Delibes. Titelpartie: Henny Sintenbach als Gast. Anfang halb 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.
Vorverkauf für die Abonnenten: am Dienstag, 17. März, nachmittags von 3 bis 5 Uhr, Reihenfolge C, B, A; allgemeiner Vorverkauf von Mittwoch, 18. März, vormittags 9 Uhr an.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydrometeorologie vom 17. März 1908.

Hoher Druck lagert heute über Südrussland und erstreckt sich von da aus über das Nordseegebiet hinweg bis nach Südnorwegen. Der übrige Teil Europas steht unter der Herrschaft zweier Depressionsgebiete, von denen das eine den Nordwesten Europas bedeckt und Minima nordwestlich von Island und über dem Nordatlantischen Ozean enthält, während das andere das westliche Mittelmeergebiet umfaßt; ein flaches Minimum ist über Nordfrankreich zu erkennen. Das Wetter ist in fast ganz Deutschland trüb oder unbeständig und zu Schneefällen geneigt; nur in Südbayern und im Nordosten hatte es stellenweise etwas aufgeklärt. Infolge nordöstlicher Luftströmung ist es noch immer verhältnismäßig kalt. Meist trübes und kühles Wetter mit stellenweisen Niederschlägen ist zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 17. März, früh.

Lugano bedeckt 3 Grad; Biarritz bedeckt —0 Grad; Nizza wolfig 5 Grad; Triest wollos 4 Grad; Florenz bedeckt 6 Grad; Rom Regen 6 Grad; Cagliari Regen 10 Grad; Brindisi Regen 9 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe

März	Barom. mm	Therm. in C.	Absol. Feucht. in mm	Relat. Feucht. in Proz.	Wind	Stimm.
16. Nachts	9 ⁰⁰ U. 751.7	0.5	3.5	72	SW	bedeckt
17. Morgs.	7 ⁰⁰ U. 750.4	-1.5	3.9	95	W	„
17. Mittags.	2 ⁰⁰ U. 748.6	4.7	3.2	50	W	wolfig

Höchste Temperatur am 16. März 40 niedrigste: —19 darauffolgenden Nacht: —19.

Niederschlagsmenge des 16. März: 0.0 mm

Wasserstand des Rheins am 17. März, früh: Schuversinsel 1.57 m, Stillstand: Rehl 2.17 m, gefallen 9 cm; Magau 3.83 m, gefallen 13; Mannheim 3.41 m, gefallen 18 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kay in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe

Neueste Seiden
wundervolle Auswahl. Versand nach allen Ländern. Muster franko.
Seidenstoff - Fabrik - Union
Adolf Grieder & Cie., Kgl. Hof, Zürich (Schweiz).

Konfirmations-Geschenke

Reiche Auswahl
eingerahmter Bilder
in allen Preislagen

E. Büchle
Kunsthandlung und Rahmenfabrik.
Kaiserstrasse 149.

Unser Bureau befindet sich vom 17. d. Mts. ab

Friedrichsplatz Nr. 1

II. Obergeschoss
Fernruf Nr. 20 und 715

Dyckerhoff & Widmann

Aktien-Gesellschaft

für Hoch- u. Tiefbauten in Beton- u. Eisenbeton
Fabriken für Zementwaren.

Rackows Handelsschule, Frankfurt a. M.
(staatlich anerkannt) M. 804 52.
1/4, 1/2 u. ganzjährige Kurse zur Ausbildung für den kaufmännischen Beruf resp. zur Fortbildung in demselben.

Turmbergbahn Durlach

Der Fahrplanmäßige Betrieb ist vom
Mittwoch, den 18. März d. J.
an, wieder eröffnet.
Rückfahrtschne von Karlsruhe-Turmberg zu ermäßigten Preisen werden von den Schaffnern der Karlsruher Straßenbahn ausgeben.
Die Direktion.

Kaiserpanorama.

Kaiserpassage.
Diese Woche ausgestellt
Portugal, Lissabon.
Nordseite des Königs
sehr interessant.
Für nächste Woche steht in Aussicht
Jungfrau-Bahn. D. 66

Klavierstimmen

sowie
Reparaturen
an Klavieren und
Harmoniums übernimmt zur
gediegensten Ausführung
Ludwig Schweisgut
Hofflieferant
4 Erbprinzenstrasse 4
1711 Telefon 1711.
R. 437.9.

von Hartung'sche

Militär-Vorbildungsanstalt
Cassel - Wilhelmshöhe
1886 staatl. konz. für alle
Schul- und Militärexamina.
Ueber 2000 Einj. und Fähnriche
erfolgreich vorgebildet, über 500
Prim. und Abit. Nov., Jan., Febr.
sämtl. Fähnr. bestanden M'394

Gouvernante

aus bess. Familie, Norddeutsche (war
ca. 5 Jahre in einer belgischen Bankiers-
familie), gute Kenntnisse im Französl.,
sucht in seinem Hause Stellung.
Offert. erb. unter R. 3. 65 haupt-
postlagernd Mannheim. D. 65 3.1

Bülow-Pianos

ARNOLD, Aschaffenburg.
Pianofabrik mit eig. Dampfwerk,
leistungsfähigster Maschinenbetrieb,
künstler. vollend. grosser, edler Ton.
Streng solide, modernste Bauart. —
Direkter Verkauf ohne Zwischen-
handel, Erspareung des Händlergewinns.
grosser Umsatz, kleiner Nutzen,
deshalb beste und billigste Bezugs-
quelle. Seit 3 Jahren 5facher Umsatz,
bester Beweis für unübertroffene Quali-
tät u. weitgehendste Garantie. Freie
Probensendung, ohne Verbindlichkeit
zum Kauf. Tausende von Referenzen.

Wohnungen, Villen, Läden etc.

hat zu vermieten (Güternfrei f.
Mieter). Das Vermiet- u. Liegensch.
Bureau **K. Kornsand**, Kaiser-
strasse 56, Telefon 569. Sprechst.
v. 8-9, 11-1 u. 5-7 Uhr.

Bürgerliche Rechtsstreite.

Öffentliche Aufstellung.
D. 45.21. Nr. 2265. Karlsruhe.
Die Firma **Hack & Cie.**, Mühl-
haus in Karlsruhe i. B., Schloßplatz 14,
Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte
Dr. Vorenz und Harrer in Karlsruhe,
klagt gegen den Gastwirt Franz
Eisele, früher zu Karlsruhe, jetzt
ohne bekannten Aufenthaltsort, unter
der Behauptung, daß der Beklagte der
Klägerin aus Kauf eines Klaviers vom
9. Oktober 1906 restlos 167,78 M.
schulde, die Restforderung längst fällig
sei, und der Beklagte übrigens auch
Karlsruhe als Erfüllungsort ausdrück-
lich anerkannt habe, mit dem Antrage
auf Verurteilung des Beklagten durch
vorläufig vollstreckbares Urteil zur
Zahlung von 167,78 M. nebst 4%
Zins vom Klagezustellungstag an, an
die Klägerin oder an die hierzu er-
mächtigten Prozessbevollmächtigten und
zur Kostentragung.

Die Klägerin ladet den Beklagten
zur mündlichen Verhandlung des
Rechtsstreits vor das Gr. Amtsgericht
zu Karlsruhe, Akademiestr. 2 A II. St.,
Zimmer 10/12 auf:
Donnerstag den 7. Mai 1908,
vormittags 9 Uhr.
Zum Zwecke der öffentlichen Zu-

stellung wird dieser Auszug der Klage
bekannt gemacht.
Karlsruhe, den 14. März 1908.
Bruch,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts II.

Konkursverfahren.

D. 55.21. Vorberg. Ueber den
Nachlaß des ledigen Landwirts Josef
Zohmann von Oberwiltstadt wurde
heute am 16. März 1908, vormittags
10 1/2 Uhr, das Konkursverfahren er-
öffnet.

Der Gärtner Josef Meizner in
Krautheim ist zum Konkursverwalter
ernannt.
Konkursforderungen sind bis zum
1. April 1908 bei dem Gerichte an-
zumelden.

Es ist zur Beschlußfassung über die
Vertheilung des ernannten oder die
Wahl eines anderen Verwalters, sowie
über die Bestellung eines Gläubiger-
ausschusses und eintretendenfalls über
die in § 132 der Konkursordnung be-
zeichneten Gegenstände, sowie zur
Prüfung der angemeldeten Forderungen
auf
Freitag, den 10. April 1908,
vormittags 10 1/2 Uhr,
vor dem hiesigen Gerichte Termin an-
beraumt.

Allen Personen, welche eine zur
Konkursmasse gehörige Sache in Besitz
haben oder zur Konkursmasse etwas
schuldig sind, wird aufgegeben, nichts
an die Erben zu verabfolgen oder zu
leisten, auch die Verpflichtung
auferlegt, von dem Besitze der Sache
und von den Forderungen, für welche
sie aus der Sache abgeforderte Ver-
friedigung in Anspruch nehmen, dem
Konkursverwalter bis zum 1. April
1908 Anzeige zu machen.
Vorberg, den 10. März 1908.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Weißhuh.

Bekanntmachung.

D. 10. Bruchsal. Im Konkurs
über das Vermögen des Müllers
Paul Bader von Reutern soll die
Schuldbetreibung erfolgen.
Dazu sind verfügbar 3 910.50 M.
Zu berücksichtigen sind 7 750.12 M.
darunter mit Vorrecht 55.79 M.
Das Verzeichnis der zu berücksich-
tigenden Forderungen liegt bei der
Gerichtsschreiberei des Großh. Amts-
gerichts Bruchsal zur Einsicht offen.
Bruchsal, den 13. März 1908.
Der Konkursverwalter:
Aug. Reim

Konkurs.

D. 26. Nr. 2567. Mannheim.
In dem Konkursverfahren über das
Vermögen des Kaufmanns Hans
Edelmann in Mannheim ist zur
Abnahme der Schlußrechnung des Ver-
walters, zur Erhebung von Einwen-
dungen gegen das Schlußverzeichnis
der bei der Verteilung zu berücksich-
tigenden Forderungen und zur Be-
schlußfassung der Gläubiger über die
nicht verwerthbaren Vermögensstücke und
über die Erstattung der Auslagen und

die Gewährung einer Vergütung an
die Mitglieder des Gläubigerausschusses
der Schlußtermin bestimmt auf:
Freitag, den 10. April 1908,
vormittags 9 Uhr,
vor dem Amtsgerichte hier selbst II. St.,
Zimmer Nr. 111.
Mannheim, den 12. März 1908.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 3.
Fle d.

Besonderer Prüfungstermin.

D. 28. Nr. 2900. Staufen.
In dem Konkursverfahren über das
Vermögen der Firma Badische
Holzindustrie, Gesellschaft
mit beschränkter Haftung in
St. Trupert, Gemeinde Obermünster-
tal, ist zur Prüfung der nachträglich
angemeldeten Forderungen Termin
anberaumt auf
Dienstag, den 14. April 1908,
vormittags 9 Uhr,
vor dem Amtsgerichte hier.
Staufen, den 14. März 1908.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Hierholzer.

Konkursverfahren.

D. 29. Nr. 3019. Ueberlingen.
Das Konkursverfahren über das Ver-
mögen des Schneiders Friedrich
Wolfensperger in Ruchdorf
wurde nach rechtskräftiger Beendigung
des Zwangsvergleichs heute aufgehoben.
Ueberlingen, den 13. März 1908.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
E. Bed

Konkursverfahren.

D. 31. Nr. 2932. Waldkirch.
In dem Konkursverfahren über das
Vermögen des Fahrradhändlers Wil-
helm Fiedermann in Waldkirch
ist zur Abnahme der Schlußrechnung
des Verwalters, zur Erhebung von
Einwendungen gegen das Schlußver-
zeichnis der bei der Verteilung zu be-
rücksichtigenden Forderungen und zur
Beschlußfassung der Gläubiger über die
nicht verwerthbaren Vermögensstücke,
sowie zur Anhörung der Gläubiger
über die Erstattung der Auslagen der
Schlußtermin bestimmt auf
Donnerstag, den 9. April 1908,
vormittags 10 Uhr,
vor dem Amtsgerichte hier selbst, Zimmer
Nr. 26.
Das Schlußverzeichnis liegt auf der
Gerichtsschreiberei zur Einsicht der Re-
tellanten auf.
Waldkirch, den 13. März 1908.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Z. B.
Epting.

Strafrechtspflege.

D. 54. Nr. 5787. Waldshut.
Friedrich Thoma, Landwirt, geb.
am 26. März 1878 in Unterolpsten, zur
Zeit an unbekanntem Orte, wird be-
schuldigt, als Wehrmann der Landwehr
ohne Erlaubnis auszuwandern zu sein,
Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des
Strafgesetzbuchs.
Derselbe wird auf Anordnung des
Großherzoglichen Amtsgerichts hier selbst
auf
Freitag, den 1. Mai 1908,
vormittags 9 Uhr,
vor das Großh. Schöffengericht Waldshut
zur Hauptverhandlung geladen.
Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird
derselbe auf Grund der nach § 472 der
Strafprozessordnung von dem Rgl. Be-
zirkskommando zu Donaueschingen aus-
gestellten Erklärung verurteilt werden.
Waldshut, den 6. März 1908.
Schmitt,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Vermischte Bekanntmachungen.

Vergabung eines Geräthes.

Die Schloßkirche hier soll zwecks
Renovation der Wände und Decken
eingeschränkt werden. P'886.21
Die Ausführungsbedingungen und
Angebotsformulare liegen bei uns auf.
Angebote wollen bis **Samstag den
28. März d. J., vormittags 10
Uhr**, eingereicht werden.
Mannheim, den 12. März 1908.
Großh. Bezirksbauinspektion.

Wasserleitung der Gemeinde Hintergarten.

Die Gemeinde Hintergarten vergibt
unter Hinweis auf die Verordnung Gr.
Finanzministeriums vom 3. Januar
1907 im öffentlichen Angebotsverfahren
die Herstellung von etwa 3 000 m
Hohrgraben, das Verlegen und Ver-
legen von etwa 3 000 m aufgefärrten
Wasserröhren verschiedener Lichtweite,
einschließlich der erforderlichen Zubehö-
ren, sowie das Herstellen von drei
Quellbrunnen und eines Hochbehälters
von 90 cbm Nutzraum aus Stampf-
beton. D'43
Pläne und Bedingungen liegen zur
Einsicht bei Großh. Kultur-Inspektion
Donaueschingen auf, die auch die er-
forderlichen Angebotsformulare abgibt.
Angebote mit entsprechender Auf-
schrift sind längstens **bis Mittwoch
1. April, morgens 11 Uhr**, beim

Gemeinderat Hintergarten einzureichen,
der die Eröffnung vornimmt.
Zuschlagsfrist 8 Tage.
Donaueschingen, den 14. März 1908.
Großh. Kultur-Inspektion.

Bergebung

von Hochbau-Arbeiten.

Zur Erbauung eines dreiflügeligen
Beamtenwohnhauses mit 6 Wohnungen
in Eberbach sind nachverzeichnete Bau-
arbeiten gemäß Verordnung Großh.
Finanzministeriums der Finanzen vom
3. Januar 1907 im öffentlichen Wett-
bewerb zu vergeben.

1. Verputzarbeiten,
2. Schreinerarbeiten,
3. Glaserarbeiten,
4. Schlofferarbeiten,
5. Rolladenlieferung,
6. Fußbodenbelag (Mätkchen, Stein-
holz, Kieselstein, Sanitas, Asphalt etc.),
7. Installationsarbeiten (Gas und
Wasser),
8. Tapezierarbeiten.

Die Pläne, Bedingungen und Arbeits-
beschriebe liegen während der üblichen
Geschäftsstunden bei der unterzeichneten
Dienststelle (Hochbauamt III. Stod.)
zur Einsicht auf, woselbst auch die An-
gebotsformulare erhoben werden können.
Zufassung nach auswärts findet
nicht statt. D'51.21

Die Angebote sind verschlossen, bis
zu dem am **Donnerstag den 2. April,
vormittags 10 Uhr**, stattfindenden
Eröffnungstermine postfrei und mit
entsprechender Aufschrift versehen, bei
der unterzeichneten Stelle abzugeben.
Zuschlagsfrist 3 Wochen.
Eberbach, den 14. März 1908.
Großh. Bauinspektion

Bergebung

von Pfisterarbeiten.

Wir haben die Pfisterung der Güter-
hallenrampe und einer Rinne im neuen
Güterbahnhof hier, im ganzen etwa
1450 qm nach Maßgabe der Zeich-
nung des Großh. Finanzministeriums
vom 3. Januar 1907 im öffentlichen
Wettbewerb zu vergeben.

Die Bedingungenunterlagen können
bei unterzeichneter Stelle während der
Dienststunden eingesehen und gegen
postfreie Einzahlung von 1 M. nach
auswärts bezogen werden.

Angebote, zu welchen die aufliegenden
Formulare zu verwenden sind, müssen
verschlossen und postfrei mit der Auf-
schrift „Pfisterarbeiten“ versehen, bis
längstens **Montag den 23. März
1908, vormittags 10 Uhr**, bei uns
eingereicht werden. P'956.22

Zuschlagsfrist 8 Tage.
Donaueschingen (Rheinstr. Nr. 2),
den 12. März 1908.
Großh. Bauinspektion II.

Bergebung

von Hochbau-Arbeiten.

Die Arbeiten für Instandsetzung des
Wartsaales und der Wirtschaft III. Kl.
im Aufnahmsgebäude der Station
Zimmendingen, sowie für Erstellung
eines Kellers dafelbst haben wir im
Wege öffentlicher Bergebung, gemäß
den Bestimmungen der Verordnung
vom 3. Januar 1907, zu vergeben und
zwar:

1. Erd-, Grab-, Maurer-, Beton- und
Zementarbeiten (etwa 110 cbm Aus-
hub, 13 cbm Betonmauerwerk, 140 qm
Betonboden, 20 qm Backsteinmutter-
mauer u. a. m.),
2. Schreiner- und Glaserarbeiten (etwa
50 m Eckelblechen, 100 qm eichene
Parkettböden in Asphalt u. a. m.).

Die Pläne und Bedingungen liegen
auf dem Hochbauamt der unter-
zeichneten Behörde zur Einsicht auf,
woselbst auch die Angebotsformulare
zum Einsehen der Einzelpreise erhoben
werden können.

Zufassung von Bedingungen, Zeich-
nungen und Angebotsformularen nach
auswärts findet nicht statt.
Die Angebote sind vollständig aus-
gefüllt, ausgerechnet und unterschrieben
spätestens **bis Dienstag, den 24. März
d. J., abends 5 Uhr**, verschlossen,
postfrei und mit der Aufschrift „An-
gebot auf Hochbauarbeiten“ versehen,
anher einzureichen.
Zuschlagsfrist 2 Wochen. P. 874.22
Eingen., den 6. März 1908.
Großh. Bauinspektion.

Niederländisch-Deutsch-Nus-

fischer Güterverkehr.

Am 14. April neuen Stils treten
zum Ausnahmestarif 8, Abteilung A für
Flachs und Hanf usw. sowie zum Re-
zessionstaxi für Flachs und Hanf usw.
die 5. Nachträge in Kraft. Sie ent-
halten Änderungen und Ergänzungen
zu den Haupttarifen. D. 48
Karlsruhe, den 14. März 1908.
Großh. Generaldirektion der Staats-
eisenbahnen.